

Markt – Ethik – Gerechtigkeit *

Überlegungen zur antinomischen und komplementären Sicht von Markt und Ethik als Verfahren zur Erreichung des Gerechtigkeitszieles

Problemstellung und Rahmenüberlegungen

Ein alter Streit dreht sich um die Frage, ob es in der Marktwirtschaft genüge, sich den Regeln des Marktes entsprechend zu verhalten oder ob zusätzlich moralische Gesichtspunkte zu berücksichtigen seien. Diese Frage geht davon aus, daß die Beachtung von Marktregeln selbst noch nicht als moralisch zu qualifizieren sei, weil sie dem Prinzip des Eigennutzes folge und deswegen der Ergänzung durch ethische Maximen bedürfe. Als solche werden dann die Solidarität, die soziale Verantwortung oder auch die Beachtung des Gemeinwohls genannt.

Auf den ersten Blick scheint diese Frage plausibel zu sein, doch beim näheren Hinschauen zeigen sich Probleme, die einer genaueren Analyse bedürfen. Dies gilt vor allem, wenn, wie in der Bundesrepublik Deutschland, aus der Wirklichkeit der *sozialen* Marktwirtschaft heraus zu argumentieren ist und nicht vor dem Hintergrund des Modells einer *reinen* Marktwirtschaft bzw. diesem nahekommenden Wirtschaftsordnung. Die Soziale Marktwirtschaft wird zumeist als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung interpretiert, was nicht nur seine guten Gründe hat, sondern auch immer zu besonderen Anforderungen an diese Ordnung im Hin-

blick auf Verwirklichung, Weiterentwicklung oder Erneuerung geführt hat.

Vor einem Vierteljahrhundert war die Nationalökonomie noch das weitgehend unangefochtene Terrain des homo oeconomicus. Damals begann aber auch eine breite wissenschaftliche Diskussion um die „richtige“ wirtschaftspolitische Konzeption, jener großangelegte Versuch, die wissenschaftliche Einheit der Wirtschaftspolitik wieder herzustellen. Diese war durch die beiden widerstreitenden Auffassungen der Wirtschaftspolitik, nämlich die Ordnungspolitik auf der einen und die zielorientierte Wirtschaftspolitik auf der anderen Seite zerbrochen. Diese Diskussion wurde auf der wissenschaftlichen Ebene bis heute nicht beendet. Politisch wurde sie mit der Verabschiedung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes (1966) zu Gunsten der zielorientierten Wirtschaftspolitik entschieden mit allen Folgen, die wir inzwischen kennen. Der Einfluß des Staates (Regierung) auf die Wirtschaftspolitik nahm erheblich zu, und so vermehrten und verschärften sich auch die strukturellen Probleme, mit denen wir heute zu kämpfen haben. Man kann das zunehmende Bemühen der Regierung, die Federführung bei der Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Zukunft unseres Landes in die Hand zu nehmen, als einen Versuch werten, angesichts der immer komplexeren und unübersichtlicheren Verhältnisse in einer modernen Industriegesellschaft die Richtung des Wandels nicht dem „Zufall“ zu überlassen oder

* Überarbeiteter Vortrag, gehalten am 26. Januar 1988 in der Justus-Liebig-Universität zu Gießen im Rahmen einer Vorlesung von Prof. Dr. Armin Bohnet.

dem „freien Spiel der Kräfte“. Hier zeigt sich der deutliche Kern planerischen Anspruchs, der mit der „Anmaßung von Wissen“ (von Hayek) verbunden ist, eines Wissens, das staatlichen Behörden nicht zur Verfügung stehen kann.

Gegen diese politische Zeitströmung kam mindestens von drei Seiten Widerspruch auf:

1) In der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland entstand die Partei der Grünen. Die Grünen konstituierten sich nicht nur als ökologische Bewegung, sondern vor allem als eine Sammlungsbewegung basisdemokratischer Fundamentalkritik an einem ihrer Ansicht nach übermächtigen Staat. Mit dem Slogan „Die Probleme sind viel zu wichtig, als daß wir sie den Politikern und dem von den Altparteien beherrschten Staatsapparat überlassen können“ haben sie inzwischen eine respektable Wählerschaft für sich gewonnen, die ihnen ihre Präsenz in wichtigen Parlamenten bis zum Bundestag noch für einige Zeit sichern dürfte.

2) Auf dem Felde der ökonomischen Wissenschaft kam es zu einer Neubelebung verschiedener Spielarten des Liberalismus, vor allem des Neo-Liberalismus. Die Versuche, eine politische Ökonomie liberaler Prägung gegen die marxistisch-leninistische Politökonomie, aber auch gegen einen sozialistisch genutzten technokratischen Keynesianismus zu formulieren, deren Kern die „Verfassung der Freiheit“ (von Hayek) sein sollte, also eine freiheitliche Ordnungspolitik, können durchaus als Antithese gegen die genannten herrschenden Einflüsse in den 70er Jahren interpretiert werden, in deren Gefolge die freiheitlich-soziale Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik tiefgreifende Veränderungen erfuhr.

3) Schließlich kann auch die Renaissance der wissenschaftlichen Ethik und insbe-

sondere der Wirtschafts- und Sozialethik in beiden christlichen Konfessionen in diesem zeitdiagnostischen Zusammenhang gesehen werden. Sie datiert etwa von Anfang der 80er Jahre – die päpstliche Sozialzyklika *Laborem exercens* (Über die menschliche Arbeit) erschien im September 1981 – und hat im wesentlichen die Fragen einer gerechten Wirtschafts- und Sozialordnung im nationalen und internationalen Rahmen neu formuliert.

Im Zuge dieser Entwicklung kam das Gespräch zwischen Kirche und Wirtschaft wieder in Gang und hatte sowohl im Rahmen der katholischen Soziallehre als auch innerhalb der evangelischen Sozialethik bemerkenswerte Neuansätze zu Folge, die vor allem die Bereiche der Ökologie und der menschlichen Arbeit betreffen und deren ordnungspolitische Relevanz in den Wirtschaftswissenschaften zunehmend Beachtung findet. So hat sich z. B. der Verein für Socialpolitik 1985 und 1987 erstmals mit Fragen der Wirtschaftsethik befaßt.

Warum ist es zu diesen kritischen, aber auch konstruktiven Bewegungen gekommen? Worin liegt das gemeinsame Anliegen dieser so unterschiedlichen Ansätze? Zwei Gründe liegen auf der Hand:

1) Der Zweifel am Rationalitätskonzept. Die Aufklärung des 18. Jahrhunderts hat uns die Freiheit der Verstandestätigkeit beschert. Im 19. und 20. Jahrhundert hat sich diese Freiheit zum Segen, aber auch zum abgrundtiefen Schrecken der Menschheit entfaltet. Der bindungslose Verstand des Menschen ist an Grenzen gestoßen, vor denen er kapitulieren muß. Er ist mit seiner Rationalität in der Krise. Die Einheit der Welt – den Vätern der Aufklärung noch bewußt und gegenwärtig – ist zerbrochen, und eine neue Einheit ist nicht in Sicht, obwohl viele Menschen sich danach sehnen. Orientierungsverlust, Wertkrise oder Verlust der Mitte sind Me-

taphern für eine aus den Fugen geratene Epoche, und es gibt viele falsche Prophezen, die aus dem Zweifel am Rationalitätskonzept die Schlußfolgerung anbieten, auf irrationale Wege auszuweichen, statt weiter unverdrossen rationale Problemlösungen zu suchen. Lebensrezepte dafür werden unter dem Schlagwort „New Age“ reichlich angeboten, wovon man sich in den eigens dafür eingerichteten sogenannten esoterischen Buchhandlungen leicht überzeugen kann. Es sind wohlfeile Irrwege, denn sie verfallen ihrerseits in den Fehler, die Menschen nur einseitig anzusprechen. Wenn wirklich der Zweifel an der Ratio des Menschen begründet ist, dann müßte man eigentlich folgerichtig diesen Gründen nachgehen, nicht aber in den Irrationalismus ausweichen und die menschliche Ratio als verbraucht und überholt abtun.

2) Der Zweifel am Wissenschaftskonzept.

Dieser Zweifel hängt eng mit dem genannten Zweifel am Rationalitätskonzept zusammen. Er knüpft an die zutreffende Beobachtung an, daß in den letzten 200 Jahren die Sektoralisierung, Segmentierung und Aufsplitterung der Wissensgebiete und damit der Wissenschaften immer mehr zugenommen und damit Ausmaße erreicht haben, die es keinem Menschen mehr erlauben, sich auch nur ein einigermaßen zutreffendes Bild vom Wissen der Menschheit zu verschaffen. Auch hier ist also die Einheit der Welt, die im 18. Jahrhundert noch rational gedacht werden konnte, zerfallen. In der Fülle des Wissens und der Informationen, derer wir uns heute technisch bedienen können, treiben wir oft beziehungs- und orientierungslos umher. Von vielem wissen wir immer weniger, von wenigem immer mehr, aber vom Wesentlichen kaum noch etwas.

Es gibt unterschiedliche Versuche, die genannten Dilemmata zu überwinden. Ein

sehr vordergründiger Versuch besteht darin, der ständig wachsenden Informationsmenge technologisch beizukommen und durch eine quantitativ und qualitativ verbesserte Computerkapazität die Handhabbarkeit des vorhandenen Wissens zu verbessern. Das ist sicher hilfreich, löst aber nicht den Kern des Problems. Es wird nur an den Symptomen laboriert.

Ein entgegengesetzter Versuch fügt deduktiv die Einzelwissenschaften in ein neues mythologisches Weltbild ein, z. B. in das von den New Age-Theoretikern propagierte Zeitalter des Wassermanns, das dem jetzt auslaufenden Zeitalter des Steinbocks folgen soll, und gibt damit vor, ein neues Wissenschaftskonzept anzubieten, mit dessen Hilfe sich die zentrifugalen Einzelwissenschaften wieder in ein neues Kräftefeld quasi „einordnen“ lassen. Auch hier geht es also um Orientierung, die Bestimmung einer neuen Mitte, von der aus die Geheimnisse dieser Welt sich dem Verständnis des Menschen öffnen.

Der wissenschaftliche Weg, die genannten Dilemmata zu überwinden, ist der Dialog, und zwar der interdisziplinäre, die einzelwissenschaftlichen Grenzen überschreitende Dialog. Der Dialog ist eine Methode. Diese Methode hat den Vorzug, daß die Wissenschaftler als Menschen mit all ihren Vorzügen und Fehlern in sie eingebunden sind. Dialog ist Sprechen und Hören, beinhaltet also die Ratio in ihrem oft vernachlässigten Doppelaspekt: Verstand und Vernunft. Mir kommt es auf diesen Hinweis sehr an! Meinen Beitrag verstehe ich als Versuch eines interdisziplinären wissenschaftlichen Dialogs zwischen Ökonomie und Ethik, als Brückenschlag zwischen ökonomischer und ethischer Rationalität und damit auch als Hinweis darauf, daß viele unserer heutigen Fragen und Probleme auf eine Vernachlässigung der Anthropologie zurückzuführen sind. Ökonomie und Ethik sind anthropolo-

gisch miteinander verknüpft. Ökonomie als isoliertes Teilsystem einer Ceteris-paribus-Welt ist nicht nur immer weniger verständlich, sondern sie verliert auch ihren Sinn. Andererseits wissen wir inzwischen, daß nicht nur das metaökonomische Umfeld der Ökonomie ihren Sinn gibt, sondern daß sich auch im sogenannten „rein Ökonomischen“ Grundlagen und Prinzipien der Ethik finden, ohne die Ökonomie gar nicht funktionieren könnte.

Meine These lautet also: Markt (als zentraler Ausdruck des Ökonomischen) und Ethik (als zentraler Ausdruck der Handlungsorientierung) sind im Hinblick auf das individuelle und gesellschaftliche Ziel der Gerechtigkeit dialogisch/interdisziplinär miteinander verknüpft. Es wird behauptet, daß diese Verknüpfung eine komplementäre, anthropologische Konstanten berücksichtigende Methode zur Erreichung der Gerechtigkeit ist. Die Vernachlässigung dieser interdisziplinären Verknüpfung führt notwendigerweise zu Einseitigkeiten, in deren Gefolge nicht nur Marktstörungen (sog. Marktversagen), sondern auch eine Unterminierung der ethischen Grundlagen einer Gesellschaft (Minimalkonsens bzw. moralischer Grundkonsens) auftreten, Erscheinungen, die immer zu einer Beeinträchtigung des Gerechtigkeitszieles führen. Diese These ist Ausdruck der Überzeugung, daß die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eines Volkes von Bedingungen abhängt, die diese Ordnung selbst nicht garantieren kann. Vielmehr hängt das Gelingen einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung davon ab, daß die sie tragenden Menschen die Überzeugung haben, daß ihr Verhalten dem Gemeinwohl und damit auch ihren eigenen Zielen dient. Wo dieser Zusammenhang zwischen Eigennutz und Gemeinwohl gestört ist, entstehen Probleme, die im Kern anthropologische Probleme sind.

Markt und Ethik als antinomische Verfahren im Blick auf die Gerechtigkeit

Das Gespräch zwischen Ökonomen und Ethikern ist noch weitgehend von Unverständnis für die Denkweise des jeweils anderen gekennzeichnet. Diesem Unverständnis liegt oft nicht nur die Fehleinschätzung des anderen, sondern auch eine unzutreffende Selbsteinschätzung zugrunde.

So hält der Ethiker häufig den Ökonomen für einen Technokraten, dem es um die Optimierung von Güter- und Zahlungsströmen, um Wachstumsraten und Investitionsquoten gehe, während – zumal bei Geltung des sogenannten Marktmechanismus – der Mensch auf der Strecke bleibe und die Marktergebnisse aller Gerechtigkeit Hohn sprechen.

Umgekehrt sieht der Ökonom im Ethiker oft den von keiner Sachkenntnis getrüben Dogmatiker, der in Leerformeln wie Gemeinwohl, soziale Gerechtigkeit und Solidarität daherredet, über Produktion kaum, dafür aber um so mehr von Verteilung spricht und im übrigen ständig mit Forderungen bei der Hand ist, die kein Ökonom erfüllen kann.

Diese „blockierte Kommunikation“ (Elisabeth-Noelle-Neumann) verdanken wir der zunehmenden Auseinanderentwicklung der ökonomischen und der ethischen Wissenschaft seit etwa 100 Jahren.

In der vorwissenschaftlichen und in der klassischen Ökonomie gab es noch einen Zusammenhang zwischen Ökonomie und Ethik. So war z. B. Adam Smith, der Begründer der wissenschaftlichen Ökonomie, Moralphilosoph.

Im 19. Jahrhundert traten dann beide Bereiche mehr und mehr auseinander. Die Kapitalismuskritik der Kirchen und des Marxismus war im Kern zunächst eine ethisch begründete Sozialkritik. Sie wand-

te sich gegen eine Ökonomie, die sich mehr und mehr von ihren ethischen und sozialphilosophischen Grundlagen zu emanzipieren schien. Bereits damals wurde also auf unterschiedlichen Ebenen aneinander vorbeigeredet. Dazu kam, daß der Aufschwung der Naturwissenschaften auch die Nationalökonomie beeinflusste und dort die „marginalistische Wende“ hervorrief, also den Beginn der neoklassischen Ökonomie, die ein Jahrhundert nationalökonomischen Denkens beherrschte. Als Max Weber Anfang des 20. Jahrhunderts das Postulat der Wertfreiheit aufstellte, zog sich die Ökonomie für einige Jahrzehnte endgültig in einen geschlossenen, wertfreien Wissenschaftsraum zurück, aus dem sie alle ethischen Erwägungen als normativ und damit unwissenschaftlich verbannte. Es dominierte eine positive Wissenschaftsauffassung, mit der das Reich des homo oeconomicus erforscht wurde.

Und hier setzt die unzutreffende Selbsteinschätzung ein. Denn wir wissen heute, daß es eine wertfreie positive ökonomische Wissenschaft als Sozialwissenschaft nicht geben kann. Jedes Marktgeschehen ist dafür ein gutes Beispiel. Man kann natürlich den Markt auf Angebot und Nachfrage reduzieren und in neoklassischer Manier Angebots- und Nachfragekurven ableiten, zeichnen und nach wechselnden Annahmen verändern. Das war seinerzeit ein wesentlicher Fortschritt der Wissenschaft und hat zahlreiche neue Erkenntnisse zutage gefördert: in der Konsum- und Produktionstheorie, in der Preis- und in der Markttheorie, in der Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen usw. Aber schon hier blieb immer offen, ob es z. B. um das Gleichgewicht als fest zu bestimmende Zielgröße zu gehen habe oder um Bedingungen, die gleichgewichtige Prozesse dynamisch ermöglichen können. Damit waren aber auch innerhalb der

Neoklassik ethische Probleme enthalten, die für die Ordoliberalen und ihre Nachfolger Anlaß waren, ihre Neuansätze einer Politischen Ökonomie zu formulieren.

Nun geht es aber am Markt um mehr als nur um Gleichgewichte oder um Gleichgewichtsbedingungen. Es geht auch um Gerechtigkeit und Frieden. Die Durchsetzung des Eigeninteresses stößt auf dem Markt heutzutage auf vielfältige Grenzen und Beschränkungen, die durch die Marktordnung als Rahmen vorgegeben sind. Von einer Zügellosigkeit des freien Spiels der Kräfte im Vergleich zu frühkapitalistischen Zeiten kann keine Rede mehr sein. Auch die Wirtschaftsgeschichte hat ja in ausreichendem Maße nachgewiesen, daß schon in frühesten Zeiten Marktordnungen Friedensordnungen waren. Es durften keine Waffen getragen werden, nur geeichte Gewichte fanden Anwendung, es galten Regeln für den Vertragsabschluß, für die Zahlungsmodalitäten, für Vertragstreue und Widerruf bei Mängeln etc. Es entwickelte sich also schon in frühesten Zeiten ein System von Regeln, das sich in unserer modernen Verkehrswirtschaft ordnungspolitisch verfeinert darstellt und dem die Marktteilnehmer sich zu unterwerfen haben, wenn sie nicht das Risiko teilweise harter Sanktionen auf sich nehmen wollen.

Bei diesen Überlegungen geht es um das Prinzip. Deswegen ist hier nicht der Ort für die Diskussion der Frage, inwieweit auch heute noch Lücken bestehen, durch die so manches schwarze Schaf schlüpfen kann. Vielmehr geht es um den Hinweis, daß der Markt gar nicht ethikfrei gedacht werden kann. Man kann zwar das spezifisch Ökonomische nach dem sogenannten ökonomischen Prinzip wissenschaftlich herauspräparieren, um deutlicher zu sehen, worum es (auch) geht. Man darf aber daraus nicht die Schlußfolgerung ziehen, Markt sei ethik- und wertfrei.

Die Ökonomen haben das eigentlich auch nie so recht geglaubt. Aber das Argument der Wertfreiheit war für sie eine willkommene (defensive) Legitimationsformel, mit der sie die Angriffe von Seiten der Ethik abzuwehren versuchten und auch abwehren konnten. Die Berufung auf die Eigengesetzlichkeit der Ökonomie war aber nicht einfach gleichzusetzen mit einer Ablehnung jeder Ethik, sondern sie war oft die Weigerung, sich einer bestimmten Ethik zu unterwerfen, die mit den gefundenen Regeln marktwirtschaftlicher Funktionsweise nicht in Übereinstimmung zu bringen war. So kann man aus heutiger Sicht festhalten, daß die von Ethikern vorgenommene Einschätzung der Ökonomie als einer Bastion zügellosen Egoismus sich antinomisch verhält zur Selbsteinschätzung vieler Ökonomen, denen es um die Eigengesetzlichkeit ihrer wertfreien Wissenschaft geht.

Beide Einschätzungen sind unvollständig, weil die Ethiker die weitergreifenden ethischen Implikationen ökonomischen Handelns übersehen, und weil die Ökonomen diese Implikationen weitgehend aus ihrem wissenschaftlichen Reflexionszusammenhang verdrängen. Beides hat ernste Konsequenzen, die später angesprochen werden.

Auch die Selbst- und Fremdeinschätzung der Ethik ist defizitär. Die Position des Einklagens ethischer Postulate mit dogmatischer Beharrlichkeit ist eine Karikatur, zu der allerdings viele Ethiker beigetragen haben. Im Kern hat sich das Gleichgewicht der aristotelischen Forderung nach *iustitia commutativa* (etwa Leistungs- oder auch Tauschgerechtigkeit) und *iustitia distributiva* (Verteilungsgerechtigkeit) bis heute gehalten, also über 2400 Jahre. Es geht immer noch um dasselbe Problem und um die „richtige“ Methode dieses Problem zu lösen. Die antinomische Sichtweise zwischen Ökonomen

und Ethikern hat aber die defizitäre Selbst- und Fremdsicht der Ethik begünstigt.

An der Selbstsicht überwog mehr und mehr die einseitige Forderung nach sozialer Gerechtigkeit (national wie international). Diese Forderung wird normalerweise inhaltlich konkretisiert, weil die jeweiligen (meist kirchlichen) Instanzen an vorhandenen „Mißständen“ anknüpfen und ihre Beseitigung einklagen. In der Analyse wird ein Doppelverfahren zugrunde gelegt:

(1) ordnungspolitisch wird der Marktwirtschaft Versagen vorgeworfen und z. B. international eine neue oder gerechte Weltwirtschaftsordnung eingefordert;

(2) ethisch wird der Egoismus gegeißelt, der zu Ausbeutung, Not und Elend im internationalen und zu Arbeitslosigkeit im nationalen Kontext führt.

Weitgehend unberücksichtigt bleiben bei Kritik und Forderungen mit ethischem Anspruch die ökonomischen Eigengesetzlichkeiten, also auch die Überprüfung der Konsequenzen, die aus einer Umsetzung der Forderungen resultieren könnten. Das gilt umgekehrt auch für die Analyse: es wird kaum um eine Erkenntnis der Gründe gerungen, warum ein bestimmter Tatbestand, z. B. Arbeitslosigkeit, eingetreten ist.

Den Zusammenhang zwischen ökonomischen Eigengesetzlichkeiten und ethischen mit Kritik verbundenen Forderungen möge das Beispiel der Schattenwirtschaft verdeutlichen. Die Schattenwirtschaft ist ein funktionierender Markt. Gegenüber dem offiziellen Markt hat sie sich als inoffizieller oder informeller Parallelmarkt etabliert. Die Preise auf diesem Parallelmarkt sind niedriger als auf dem offiziellen Markt. Allerdings besteht für denjenigen, der sich auf den Parallelmarkt begibt, ein Risiko, weil bei Reklamationen für ihn kein Rückgriff auf den Rechtsstaat mög-

lich ist, da die Schattenwirtschaft ja auch im Schatten der Rechtsordnung wirkt. Inzwischen hat allerdings die Schattenwirtschaft selbst durch Qualitätsanpassung dieses Risiko entscheidend verringert. Nach welchen Kriterien kann die Schattenwirtschaft ethisch und ökonomisch bewertet werden?

Eine ethische Verurteilung der Schattenwirtschaft, wie sie etwa vor einiger Zeit Bundesarbeitsminister Blüm vorgenommen hat, ist wenig erfolgversprechend. Die empirischen Befunde sagen aus, daß das Unrechtsbewußtsein in der Bevölkerung diesbezüglich außerordentlich gering ist. Und zwar sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite. Die Wirtschaftssubjekte handeln rational im Sinne des in ihnen wirkenden homo oeconomicus. Der Preis für die geforderte ethische Haltung – also die Nutzung der offiziellen Märkte anstelle der Schattenwirtschaft – ist zu hoch für bestimmte Güter und Dienstleistungen. Die Preisdifferenz wird als unzumutbar empfunden. Daraus ergibt sich die Frage: Welche Preisdifferenz trägt eine ethische Forderung?

Damit aber sind wir bei der ökonomischen Analyse. Darüber hinaus wird erkennbar, daß auch die Ethik eine ökonomische Komponente hat. Eine Verringerung der Preisunterschiede zwischen offizieller Marktwirtschaft und Schattenwirtschaft erleichtert nicht nur die ökonomische Situation – der Konkurrenzdruck für die offiziellen Güter wird geringer –, sondern auch den ethischen Druck auf Anbieter und Nachfrager in der Schattenwirtschaft. Daraus kann sich z. B. die politische Schlußfolgerung ergeben, die Steuern zu senken und zur Senkung der Lohnnebenkosten beizutragen. Damit könnte die Bedeutung der Schattenwirtschaft schwinden und entsprechend auch die damit zusammenhängenden ökonomischen und ethischen Probleme.

Dieses Beispiel zeigt, daß aus der Ethik leicht ein „Anwalt der Armen und Benachteiligten“ werden kann, der weder in seiner Analyse der Lage, noch in seinen Vorschlägen zur Therapie brauchbare Beiträge leistet und nicht zuletzt schon deswegen ohne Resonanz bleibt. Aus der Selbstsicht der Ethik verbleibt dann nichts weiter als die Einsicht in die Fruchtlosigkeit von Appellen mit der Forderung von „wirkungsvolleren“ Maßnahmen, die zu einer Steigerung des Moralisierungsdrukks beitragen, wie die Beteiligung an Demonstrationen, Protesten, Mahnwachen, Unterschriftensammlungen, Besetzungen und anderen in unserem freiheitlichen Rechtsstaat erlaubten oder auch nicht mehr erlaubten, aber beanspruchten Aktivitäten beweisen. Denn: Es muß ja etwas geschehen!

Die Folgerung, daß etwas geschehen müsse, wird oft gar nicht bestritten. Es geht nur immer wieder um die alte Streitfrage: Was muß geschehen, und wie muß gehandelt werden? Das Dilemma der antinomischen Positionen von Ethik und Ökonomie besteht darin, daß sich beide Positionen im Wege stehen und die Ethik aus der Sicht der Ökonomie oft zu verlangen scheint, daß Abstriche an ökonomischer Rationalität vorgenommen werden müssen.

Ethisch handeln bedeutet danach: unökonomisch handeln, mit erhöhten Kosten, größerem Risiko und verschlechterter Wettbewerbsposition. Nach Auffassung jedes Ökonomen aber kann unökonomisches Handeln kein effizienter Beitrag zur Gerechtigkeit sein. Deswegen wird Ethikern, die solche Forderungen erheben, von Seiten der Ökonomen oft vorgeworfen, nicht das Ziel der Gerechtigkeit im Auge zu haben, sondern eine Veränderung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Die Vermutung wird durch die Tatsache genährt, daß unter Sozialethikern oft eine

Präferenz für staatliche Interventionen zu erkennen ist, unter Vernachlässigung der ordnungspolitischen Möglichkeiten einer Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft. Mit anderen Worten: Sozialethiker verstehen sich leichter mit Kritikern der Marktwirtschaft als mit Marktwirtschaftlern. Schon die erste evangelische Wirtschaftsethik wurde vor 60 Jahren von einem Wissenschaftler geschrieben (Georg Wünsch), der sich selbst als christlichen Sozialisten bezeichnet, und die katholische Soziallehre kann auch heute noch nicht auf ihre harte Kapitalismuskritik verzichten, der sie allerdings eine ebenso harte Sozialismuskritik zur Seite stellt. Inzwischen ist aber der Ordnungsgedanke in beiden Konfessionen ebenfalls vertreten, wenn auch in der heutigen katholischen Soziallehre mit mehr Fundierung als auf evangelischer Seite.

Ich fasse diesen zweiten Gedankengang zusammen: Die vermeintliche Antinomie von Markt und Ethik entspringt einem doppelten Mißverständnis und entspricht nicht allen Aspekten beobachtbarer Wirklichkeit. Zum einen kann der Markt nicht auf ein lupenrein ökonomisches Ereignis reduziert werden. Vielmehr ist er ein „komplexes Phänomen“ (von Hayek), dessen Existenz und dynamische Weiterentwicklung sich ohne ethische Verhaltens- und Regelmuster gar nicht denken läßt. Daß dies so ist, wird von den Ökonomen, aber auch von den Ethikern zu wenig in Betracht gezogen.

Daraus resultiert zum zweiten, daß Reformen oft gerade nicht bei den verbesserbaren Verhaltens- und Regelmustern ansetzen, also bei den anthropologischen Bedingungen des Marktes und der Ethik, sondern bei den kritisierten Marktergebnissen, den Mißständen. Die Folge sind Interventionen, die wiederum die Verhaltens- und Regelmuster beeinflussen, und zwar oft negativ. Daraus entsteht dann ein

Teufelskreis, aus dem keiner mehr einen Ausweg weiß. Der Kern des Problems liegt also sowohl in der Mißachtung der ethischen Grundlagen einer Marktwirtschaft durch die Ökonomen, als auch in der Vernachlässigung ordnungspolitischer Eigengesetzlichkeiten der Marktwirtschaft durch die Ethiker. Worum es demnach gehen muß, ist eine Absage an die wenig hilfreiche bestehende Antinomie und die Hinwendung zu einem dialogischen Weg von Markt und Ethik für mehr Gerechtigkeit.

Markt und Ethik als komplementäre Verfahren zur Erreichung von mehr Gerechtigkeit

In einer Formel zusammengefaßt kann festgehalten werden, daß im antinomischen Verständnis von Markt und Ethik die *iustitia commutativa* (Tauschgerechtigkeit) dem Markt und die *iustitia distributiva* (Verteilungsgerechtigkeit) der Ethik zugewiesen werden. Diese Art von Komplementarität ist kritisch zu bewerten, weil hier eine Arbeitsteilung in dem Sinne vorliegt, daß die Verteilungsgerechtigkeit „ausbügeln“ muß, was die „unethische“ Tauschgerechtigkeit „angerichtet“ hat. Anwalt für diese Korrekturen ist der Staat, dessen politische Aufgabe es ist, das Gemeinwohl zu verwirklichen. In dieser Formel wird auch ein weitverbreitetes Mißverständnis der Sozialen Marktwirtschaft erkennbar, das von einer derartigen kritisch zu bewertenden Juxtaposition von Markt und Staat ausgeht.

Nun ist es aber bekanntlich so, daß über das Gemeinwohl keine Einigkeit besteht. Dem hilft man in der Zentralverwaltungswirtschaft dadurch ab, daß man es in Mehr-Jahres-Plänen einfach gesetzlich verpflichtend vorschreibt. In den westlichen, durch einen gesellschaftlichen Pluralismus gekennzeichneten Wirtschafts- und Sozialordnungen ist das nicht mög-

lich. Hier bestehen mehr Einflußmöglichkeiten auf das Gemeinwohl, aber auch mehr Ausweichmöglichkeiten, wenn ein Dissens vorliegt. Die Einflußmöglichkeiten bestehen vor allem durch mächtige kollektive Interessengruppen; die Ausweichmöglichkeiten ergeben sich individuell je nach den Zielen und Einstellungen der Menschen (Dies gilt übrigens auch für die Zentralverwaltungswirtschaft). Aus der Sicht der Korrekturnotwendigkeit marktwirtschaftlicher Vorgänge ist das staatliche Handeln ethisch legitimiert, während individuelles bzw. kollektives Interessenhandeln lediglich dem Eigennutz dient und gegenüber dem Gemeinwohl keine entsprechende Legitimation beanspruchen kann. Weil das so ist, werden die Interessenvertreter geradezu gezwungen, ihre Positionen moralisierend vorzutragen und mit einem gewissen Pathos zu versehen. Zur Verdeutlichung der Beziehungen zwischen Eigennutz und Gemeinwohl soll ein Blick auf den Sozialstaat als Wohlfahrtsstaat geworfen werden. Ziel des Sozialstaates ist die Verwirklichung des Gemeinwohls über eine möglichst vollständige und lückenlose Vor- und Fürsorge für den Bürger in allen Lebenslagen. Entsprechend werden die Versicherungssysteme (Krankenversicherung, Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung) ausgestaltet mit dem Anspruch, dem ethischen Prinzip der Solidarität zu genügen. Die Gesellschaft wird zur Solidargemeinschaft erklärt. Sie ist es nur nicht, wie bei genauer Beobachtung festgestellt werden kann. Denn: Ein hoher Vorsorge- und Fürsorge-Standard kostet Geld. Dieses Geld müssen die Bürger bezahlen. Zahlungen sind individuelle Leistungen, die das persönliche Portemonnaie schmerzen. Die Vorsorge- und Fürsorgeleistungen der Solidargemeinschaft sind kollektiv, und man kann sich aus ihnen straffrei, also problemlos bedienen.

Es kommt so zu einem ökonomischen Mechanismus: Je teuer der Beitrag zur Solidargemeinschaft wird, desto mehr ist der einzelne bestrebt, seinen Beitrag wieder herauszuholen, was zur Folge hat, daß die Beiträge erhöht werden und nun die Leute noch mehr darauf schauen, daß ihr Erlös dem Einsatz entspricht. Was passiert hier?

(1) Die Eigeninitiative für die Sorge um das eigene Leben und die Zukunft versiegt. Der Mensch verfällt dem Attentismus. Er erwartet immer weniger von sich, dafür aber immer mehr vom Staat oder der Gesellschaft. Er verlernt Selbsthilfe und erlernt dafür Hilflosigkeit. In fortgeschrittenen Sozialstaaten wie der Bundesrepublik Deutschland geht das soweit, daß sogar die freien Wohlfahrtsverbände – aus Eigen- und Überlebensinteresse – ihre Klientel zunehmend in Abhängigkeit halten und zu vermehren trachten. Ein anderes Indiz ist es, daß inzwischen annähernd 10% unserer Bevölkerung Behinderte im Sinne des Gesetzes sind. Das ist also das eine: Der Bürger wird vom eigeninitiativen zum hilflosen Bürger.

(2) Nun lassen sich aber die Überlebenstriebe des Menschen und seine Aktivitäten nicht völlig auf eine passive Anspruchshaltung zurückschrauben. Deswegen entfaltet er in solchen Situationen Abwehrkräfte. Und diese richten sich mit aller Intensität gegen die Einrichtung, die ihn mehr und mehr in seiner Freiheit beschränkt: den Staat (Regierung). Hier wird also eine Wurzel der Staatsverdrossenheit erkennbar. Und diese wiederum führt, wie wir wissen, zu allen möglichen Erscheinungen, die als Vermeidungen und Verweigerungen, Ausstieg, Protest, Demonstration usw. hinreichend bekannt sind.

Es ist nun wenig erfolgversprechend, der geschilderten Lage mit ethischen Appellen beizukommen. Also etwa dem „gelernten

Hilflosen“ zuzurufen: „Leistung soll sich wieder lohnen!“ und dem, der auf den Zugriff des Staates bereits allergisch aggressiv reagiert, zu sagen: „Wir werden euch nicht allein lassen! Wir helfen euch (noch mehr!)“

Diese Appelle helfen nicht, weil der Angesprochene hinreichend informiert darüber ist, daß sich eben Leistung nicht immer lohnt und daß die angebotene Hilfe einen hohen ökonomischen und ethischen Preis hat: Geld und Unabhängigkeit/Freiheit.

Hier wird eine Interdependenz erkennbar. Offenbar kann der Bürger das, was da passiert, nicht als gerecht akzeptieren. Denn sonst würde er ja nicht so reagieren. Wenn es also zutrifft, daß Marktergebnisse für sich noch keine (hinreichende) Gerechtigkeit schaffen, dann trifft es sicherlich ebenso zu, daß auch Staatshandeln für sich keine (allgemein konsensfähige) Gerechtigkeit schafft, vor allem dann nicht, wenn die ökonomischen und ethischen Eigengesetzlichkeiten nicht gesehen und in ihrer Komplementarität nicht verstanden werden.

Wir müssen also den Eigengesetzlichkeiten beider Bereiche nachgehen. Wie funktioniert der Markt? Wie entwickeln sich Nächstenliebe/Bürgersinn? Wir wissen inzwischen viel über die Funktionsweise des Marktes. Unsere Theorien basieren auf Privateigentum, Eigennutz, ökonomischem Prinzip. Wir wissen wenig über ethische Eigengesetzlichkeiten. Es gibt keine Theorie der Eigeninitiative und der Verantwortung. Hilfreich wäre eine ökonomische Theorie der Verantwortung. Aus dem Beispiel Sozialstaat läßt sich die Regel ableiten: Je mehr der Staat die Möglichkeiten des einzelnen beschneidet und ihn seiner sozialen Fürsorge unterwirft, desto weniger Bürgersinn und Nächstenliebe kann sich auf privatem Wege ökonomisch entfalten. Deswegen ergibt sich oft die Flucht vor der Verantwortung als Fol-

ge eines fehlerhaft konzipierten Sozialstaates, in dem die externen Kosten allen angelastet werden, ohne daß der Zugang zum privaten Nutzen eindeutigen Regeln unterworfen ist.

Andererseits: Je mehr Möglichkeiten der Staat läßt, desto mehr Wettbewerb für Verantwortung von einzelnen und Gruppen kann sich auch im Bereich Nächstenliebe und Bürgersinn entfalten. Dazu bedarf es dann keiner ethischen Apelle, wenn die ökonomischen Anreize da sind. Wenn sich also Hilfsbereitschaft auch lohnt oder zumindest nicht – wie z. B. die häusliche Pflege von alten Menschen – mit massiven ökonomischen Nachteilen verbunden ist. Im übrigen treffen aber auch in einer solchen Situation ethische Apelle auf ökonomisch handlungsfähige Bürger. In dieser komplementären Sichtweise bleibt der Markt der ökonomische Bereich der Preise, Mengen und ökonomischen Bedürfnisbefriedigung. Zugleich wird er aber auch als ein ethisches Feld der Vertragstreue und des Regelgehorsams erkannt. Auf dem Markt treffen entsprechend bei sachgerechter Ordnungspolitik ökonomische und ethische Rationalität zusammen und ergänzen sich. Über die Marktgerechtigkeit hinausgehende ethische Forderungen können durch Regierungshandeln nur dann mit dem Ergebnis größerer Gerechtigkeit verwirklicht werden, wenn ein breites Feld freier Eigenverantwortung für die Bürger verbleibt. Dem Staat muß daran liegen, ein solches Feld zu gewährleisten, weil nur so das Gesamtsystem kohärent und gesichert bestehen kann. Hier liegt eine ganz zentrale Staatsaufgabe.

Die vorgetragenen Überlegungen sind also kein Plädoyer für Unmenschlichkeit und für einen untätigen Staat. Vielmehr muß die Menschlichkeit dahin, wo sie hingehört: Zu den Menschen. Die berühmte „Gesellschaft mit menschlichem Gesicht“

gibt es nicht. Die Gesellschaft ist ein Kollektiv und Masse hat kein Gesicht. Gesicht, Antlitz hat nur der Mensch: Das Ebenbild Gottes. Darum können Behörden auch nicht menschlich sein. Der Staat auch nicht. Sie können allenfalls adäquat, d.h. richtig funktionieren, und das ist schon viel.

Wer hat nicht schon gehört: „Persönlich habe ich ja volles Verständnis für Sie, aber von Amts wegen läßt sich da nichts machen“. Deswegen gehören viele angemessene Staatsfunktionen bei genauer Überprüfung nicht in seine Kompetenz. Sie verhindern Menschlichkeit gerade da, wo sie sie zu fördern vorgeben. Aus Mißtrauen gegenüber der Eigeninitiative der Bürger werden der Freiheit ihre Möglichkeiten entzogen. Das Mißtrauen des Staates überträgt sich auf die Bürger gegenüber dem Staat und schließlich auf die Bürger gegeneinander. Das Resultat ist die „Elitenbogengesellschaft“.

Schlußbemerkung

Gerechtigkeit als absolutes Ideal ist vielleicht beschreibbar, nicht aber realisierbar. Reale Gerechtigkeitsvorstellungen sind immer im Fluß, Ergebnisse von langwierigen Prozessen und Ausdruck der Kompromißbereitschaft widerstreitender Interessen. Kompromisse entstehen aus der Erkenntnis, daß man gemeinsam weiterkommt, auch wenn man Einbußen an seinen Zielvorstellungen hinnehmen muß, als wenn der eine alles und der andere nichts erhält. Die Idee des Kompromisses gehört mit der Überlegung zusammen, Markt und Ethik als zwei komplementäre Verfahren zu mehr Gerechtigkeit miteinander zu verbinden. Das wichtigste Ergebnis dieses Gedankengangs ist das folgende: Marktwirtschaftler wissen bereits viel über die Gefahren, die aus einer Instrumentalisierung des Marktes resultie-

ren. Da Wettbewerb ein Entdeckungsverfahren ist und man das, was man entdecken will, logischerweise noch nicht kennt und weiß, bedarf dieses Entdeckungsverfahrens der Freiheit. Jede Verwaltung und Instrumentalisierung schafft ein Minus gegenüber den Möglichkeiten der Freiheit.

Dieser allgemein bekannten Erkenntnis füge ich hinzu, daß wir heute zunehmend auch den Gefahren einer Kollektivierung der Ethik gegenüberstehen. Je mehr der Staat und seine anonymen Behörden sich für die Menschlichkeit in unserer Gesellschaft für zuständig erachten, also eine Art Alleinvertretungsanspruch für Menschlichkeit aufrichten, desto weniger wird in dieser Gesellschaft das allgemeine Bewußtsein vorherrschen, daß es in ihr gerecht zugehe.

Es kommt also weniger darauf an zu wissen, was Gerechtigkeit ist, als darauf, zu erkennen, welche Situation gerechter ist als die heutige und entsprechend komplementäre ökonomische und ethische Bedingungen zu schaffen, unter denen diese gerechtere Situation verwirklicht werden kann. Nur so kann auch die Zustimmung der Bürger eine größtmögliche sein.

Und diese Zustimmung, dieser Grundkonsens ist notwendig. Denn: Unsere Wirtschafts- und Sozialordnung ist abhängig von Voraussetzungen, die sie selbst nicht schaffen kann. Dazu gehört auch das allgemeine in einer Gesellschaft herrschende Wertbewußtsein. Es bestehen aber große Einflußmöglichkeiten – insbesondere von Seiten des Staates –, die zur Stützung und Veränderung dieser Voraussetzungen genutzt oder verspielt werden können.

Wir müssen den Menschen so nehmen, wie er ist. Und die Veränderung der Welt, in der wir leben, können wir nur unter Berücksichtigung der anthropologischen Bedingungen vornehmen. Es nützt darum

wenig, die „Schlechtigkeit der Menschen“ zu beklagen. Die Schaffung eines neuen Menschen hat schon immer in Sklaverei und Terror geführt. Darum ist es erfolgversprechender, die Gründe für das Verhalten der Menschen aufzuspüren und so zu beeinflussen versuchen, daß unsere

Welt gerechter wird. Darum geht es. Denn auch „Schlechtigkeit“ hat ihre Rationalität; sie ist der Gerechtigkeit und dem Gemeinwohl abträglich. Diese Erkenntnis ist die Grundlage, auf der man wissenschaftlich und politisch ansetzen kann.

Wohin am nächsten Wochenende?
BAD SALZHAUSEN

*Das romantische Heilbad
ganz in Ihrer Nähe*

Quelle der Gesundheit

**Das moderne
Sole-Bewegungsbad**

Täglich geöffnet

- *Natur erleben, abschalten
und entspannen*
- *Kurkonzerte genießen*
- *Tanzen im Kursaal*
- *Gemütlichkeit in Cafés
und Gaststätten*

- *Hinein ins kerngesunde
Badevergnügen*

BAD SALZHAUSEN

Rheuma – Herz – Kreislauf – Nerven – Atemwege

... schon der Gesundheit wegen.
